

erschänke sich der Staat auf die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung.

Trotz des gebihrigen Kirchenkampfes der Kirchenparteien untereinander, der bis zur Verweigerung der gottesdienstlichen Gebäude und des Grabgeldes gegangen sei, seien den Kirchen die Körperschaftsrechte, die der Staat ihnen verliehen habe, belassen worden.

Religionsunterricht wird nicht behindert

Der Religionsunterricht in den Schulen werde niemals behindert werden. Unter großem Beifall erläuterte hier der Minister: „Wir können nicht anerkennen, daß die Kirche ein Recht hätte, dafür zu sorgen, daß die Menschen auf allen Gebieten so erzogen werden, wie sie es für richtig hält, sondern wir müssen es dem nationalsozialistischen Staat überlassen, die Kinder so zu erziehen, wie er es für richtig hält.“

Der nationalsozialistische Staat sei in keiner Weise an der Gründung einer nationalsozialistischen Staatskirche interessiert. Eine große Klärungsfrage würden nach Vorbereitung Christi nicht gestellt, gegen die nationalsozialistische Massensekte zu kämpfen. Er habe vielmehr einen unerhörten Kampf gegen das Judentum geführt, das ihn auch deshalb an sich geschlagen habe. Nicht im geringsten widerspreche die Lehre Christi selbst dem Nationalsozialismus.

Der Minister erinnerte an seine große Rede vor der Deutschen Akademie im Jahre 1935 und schloß: „Das deutsche Volk wird sich in seinem Kampf in die Zukunft durch vollstreckende funktionelle Kreise nicht aufhalten lassen!“

Die Größe des Vierjahresplans

Die Notwendigkeit der Selbstversorgung

Nach einer längeren Artikelserie über Deutschlands Weg zur Verwirklichung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit mit Hilfe des zweiten Vierjahresplans veröffentlicht nunmehr der Direktor des halbamtlichen „Giornale d'Italia“ einen abschließenden Artikel, in dem er die bisher erzielten Ergebnisse und vor allem die grundsätzliche Bedeutung der wirtschaftlichen Selbstversorgung für Volk, Wirtschaft, Politik und Wehrmacht in sachkundiger Weise würdigt und anerkennt.

Nachdem der erste Vierjahresplan das Problem der Arbeitslosigkeit und der Ernährung gelöst habe, gelte nunmehr, wie der Verfasser anführt, der zweite Vierjahresplan der Erhaltung und Festigung der erzielten Ergebnisse. Er sei aber vor allem auf die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen bedacht, um an die Stelle der durch die Einbußen bedingten fremden Annehmlichkeit eine neue innere Erzeugungswirtschaft zu setzen.

Während seit dem Sommer dieses Jahres eine Verlangsamung, ja ein Abgleiten der Produktionsleistung in fast allen großen Industriezweigen begonnen habe, halte der Aufstieg der deutschen Industrie an. Eine Feststellung, die der Verfasser mit statistischem Material belegt. Wichtiger aber als Zahlen sei das Gesamtbild der Dynamik der neuen Wirtschaftsweise. Die deutsche Industrie erweitere und erweitere ihren Aufbau und ihre Aufgaben und organisiere damit eine nach Menge und Güte gesteigerte Erzeugung. Diese Steigerung werde sich auch auf einigen Gebieten der Ausfuhr bemerkbar machen müssen.

Der Direktor des „Giornale d'Italia“ weist dann die gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Deutschlands, Italiens und anderer Nationen von den drei klassischen Weltmächten erhobenen Vorwürfe zurück. Diese Staaten sprechen, wie er betont, nur deshalb nicht von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, weil sie mit Hilfe ihrer Naturschätze und ihrer kriegerischen Eroberungen der Vergangenheit diese bereits im Inland wie in Uebersee verwirklicht haben. Diese Bestrebungen seien keineswegs die Erfindung eines besonderen Regimes, sie seien vielmehr für viele Nationen, darunter Deutschland und Italien, eine Notwendigkeit. Ohne sie müßten die mit Naturschätzen und Rohstoffen wenig gesegneten Länder ihre Unterlegenheit und Annehmlichkeit gegenüber den reichen Nationen für alle Zeiten anerkennen.

Die neuen Richtlinien der deutschen und italienischen Wirtschaft stellen, so schließt der Aufsatz, den höchsten Einfluß aller nationalen Hilfsquellen und Produktionszweige dar. Sie schaffen ein neues Gleichgewicht der Mittel und Möglichkeiten zwischen den großen arbeitstüchtigen Nationen und brächten gegenüber den Ungleichheiten der Natur Abhilfe.

Nur auf Leistung kommt es an!

Arbeiter- und Bauernsöhne finden zur Hochschule

Auf dem Elßberg bei Heidelberg wurde dieser Tage das Auslieferungslager zur Vorbildungsstudienbildung der Reichsstudentenführung abgehalten. Arbeiter- und Bauernsöhne aus allen deutschen Gauen, die schon Hervorragendes auf ihrem bisherigen Berufswege geleistet haben, wurden einem eingehenden Prüfung auf Eignung zum Studium unterzogen. Neben der geistigen Prüfung mußte jeder Teilnehmer eine gute sportliche Leistung vollbringen. Hand in Hand ging eine rassistisch-erbbiologische Untersuchung. Die angenommenen Prüflinge werden nach einer erfolgreich befundenen Vorbereitungsdienstzeit von ein- bis zwei Jahren ihr Studium aufnehmen.

Mit der Einrichtung dieser Vorbildungsstudienbildung der Reichsstudentenführung ist ein wesentlicher Schritt zur Lösung des Problems der sozialen Auslese für die Hochschule getan worden.

1800 Kilometer Reichsautobahnen in Betrieb

Weitere Strecken um Berlin, im Norden und in Schlesien Am 27. November werden wieder drei fertiggestellte Reichsautobahnstrecken mit einer Gesamtlänge von rund 850 Kilometer dem Verkehr übergeben. Davon entfallen rund 30 Kilometer auf das Teilstück Würzburg — Osnabrück der Strecke Hamburg — Bremen, die namentlich bei Bremen in nordwestlicher Richtung durch die Wiesenlandchaft des Hochlandes hindurch bis an die Reichsstraße 6 verlängert und damit dem Verkehr von Bremerhaven — Wesermünde unmittelbar erschlossen wird.

Die Verlängerung der Westtangente des Berliner Ringes um 20 Kilometer stellt den Anschluß der Reichsautobahn Berlin — Hannover her und schafft somit eine günstigere Verbindung für den Süden Berlins nach dem Westen. Die dritte Teilstrecke mit rund 25 Kilometer Länge liegt in Schlesien zwischen Bunzlau und Sagan. Mit ihr erreicht die Strecke Breslau — Berlin nunmehr die Provinzgrenze Kurmark — Schlesien in einer Gesamtlänge

Die kulturellen Beziehungen Deutschland — Ungarn

20 Jahre Ungarisches Institut an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität

In diesem Jahr kann das Ungarische Institut an der Universität Berlin auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand in Anwesenheit führender Männer des wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens sowie von Vertretern des Reiches, der Partei und ihrer Gliederungen wie der Wehrmacht eine Feierstunde statt in Anwesenheit des Königlich ungarischen Ministerpräsidenten von Daranyi und des Reichsministers Rust, die über die kulturellen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland während der letzten Jahrhunderte sprachen.

Ministerpräsident von Daranyi gab seiner Freude Ausdruck, daß sein Berliner Besuch mit der Zwanzigjahrfeier zusammenfalle, denn als eines der ältesten Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts habe er die kulturellen Bestrebungen des Instituts mit warmer Anteilnahme verfolgt und gefördert. Daranyi gab einen Rückblick der kulturellen Entwicklung Ungarns bis zum Weltkrieg. Der ungarische Soldat, dessen Ruhm die ungarischen kulturellen Bestrebungen in Schatten stellte, verstand es, die Schranken der vor dem Weltkrieg bestehenden Gleichgültigkeit gegenüber Ungarn zu sprengen. Sein Heldengeist im Weltkrieg erweckte die Beachtung auch für das ungarische Volk, seine Geschichte, seine Kultur. Für Deutschland wurde Ungarn neu entdeckt. Man sah, daß eine schicksalhafte Verbundenheit nur dann von Weltgeltung sein kann, wenn ihre Wurzeln in dem fruchtbaren Boden des gegenseitigen Verständnisses ruhen.

Die deutsche Sprache, auch in der Gegenwart als erste Fremdsprache in allen höheren Schulen gelehrt, ist einem großen Teil der Ungarn geläufig. Die ungarische Kultur

stand hingegen — bis zum Weltkrieg — in Deutschland nirgends eine, wenn auch noch so beschleiene, Heimat, Ungarn blieb dem deutschen Volk nicht nur unbekannt, sondern es wurde auch vielfach verachtet. So ist es verständlich, daß die Errichtung eines ungarischen Lehrstuhles und bald nachher die Gründung eines ungarischen Universitätsinstitutes in der ungarischen Öffentlichkeit eine aufrichtige Freude auslöste. Nach zwei Jahrzehnten geistiger Tätigkeit kann festgestellt werden, daß das Institut die Erwartungen, die man an seine Arbeiten knüpfte, in vollem Maß erfüllte.

Den im vergangenen Jahre auf der Grundlage der Gegenseitigkeit abgeschlossenen Kulturvertrag betrachtet Ungarn als die höchste Sanktionierung einer historischen Entwicklung.

Minister Rust betonte, daß sich das Ungarische Institut auch besondere Aufmerksamkeit für Deutschland dadurch verdiente, daß es sich die Erforschung des ungarischen Deutschtums angelegen sein ließ. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme im Deutschen Reich mußte sich auch das Verhältnis Deutschlands zu Ungarn neu beleben. Die Erinnerung an die Waffenbrüderschaft im Weltkrieg, das gemeinsame Schicksal nach seinem unglücklichen Ausgang und die gemeinsame Front im Kampf gegen den Bolschewismus, dessen Schreckensregiment beide Völker an ihrem eigenen Leibe verspürt haben, mußte und zusammenführen.

Der Minister schloß mit der Versicherung, daß die Reichsregierung alles tun werde, um das Institut im Sinne seiner Gründung zu lebendiger Wirksamkeit gelangen zu lassen.

von rund 142 Kilometer. Die Bedeutung der neueröffneten Teilstrecken ist in dem unmittelbaren Anschluß der Städte Sagan, Sorau und Spremberg sowie in der wesentlichen Verbesserung der Verkehrsverbindung von Berlin nach Frankfurt an der Oder und der Niederlausitz nach Schlesien zu erblicken.

Wit diesen neuen Teilstrecken überschreitet das Netz der Reichsautobahnen die Gesamtlänge von 1800 Kilometern. Das Bauziel des Jahres 1937 — 2000 Kilometer Reichsautobahnen — wird, wie vorgesehen, Mitte Dezember erreicht sein.

Eine Spende Mussolinis

1000 Doppelzentner Kaffee für das deutsche WGW.

Die wegen ihrer Bücher über das faschistische Italien bekannte deutsche Schriftstellerin Luise Diehl, die sich zur Zeit auf einer Studienreise durch Äthiopien befindet, ist nach italienischen Zeitungsberichten in Addis Abeba eingetroffen. Während ihres Aufenthaltes in Harrar wurde ihr die freundliche Mitteilung gemacht, daß der Duce ihr 1000 Doppelzentner Kaffee aus der Provinz Harrar für das deutsche Winterhilfswerk zur Verfügung stellte. Die Verfrachtung dieser schönen und dankenswerten Spende, die in Deutschland allgemein mit Freude aufgenommen werden wird, erfolgt in den nächsten Tagen.

Einheitliche Rundfunkaussprache

Pflege der Sprache als Element des Volkstums Um die Pflege der deutschen Aussprache im Rundfunk nach einheitlichen Grundrissen auszurichten, hat der Präsident der Reichsrundfunkkommission, Hans Krieger, die Herausgabe eines mehrbändigen Sprachwerkes, betitelt „Deutsche Aussprache“, angeregt und mit der Durchführung der hierfür notwendigen wissenschaftlichen Arbeiten betraut seinen Mitarbeiter in der Reichsrundfunkkommission Professor Karl Graef in Gemeinschaft mit Universitätsprofessor Dr. Ewald Geißler und Professor Friedrich Carl Roedemer.

Das Werk soll die wissenschaftliche Grundlage der deutschen Umgangssprache in gemeinverständlicher Form vornehmen und eine dieser Umgangssprache entsprechende Uebersicht über die richtige Aussprache im Rundfunk festlegen.

Streik der Wiener Studenten

Selbstverwaltung gefordert

In den Wiener Hochschulen wurde im Anschluß an eine Demonstration wegen der Veränderung des Medizinstudiums von den Studenten der Beschluß gefaßt, einen allgemeinen Vorlesungsstreik durchzuführen.

Daraufhin sind die Direktoren der Wiener Hochschulen zusammengetreten und haben beschlossen, eine Kundgebung zu erlassen, in der die Studierenden aufgefordert werden, unverzüglich wieder den Besuch der Vorlesungen aufzunehmen. Sollte der Streik trotzdem durchgeführt werden, so würden die Hochschulbehörden mit schwersten Strafen vorgehen.

Die Drohung der Wiener Direktoren hat nicht zu einem Abflauen der Protestbewegung geführt. Es versammelten sich an verschiedenen Punkten der Stadt Gruppen der Studierenden, um zum österreichischen Unterrichtsministerium zu ziehen. Die Polizei hatte starke Aufgebote von Mannschaften bereitgestellt und alle Zugänge zum Volkshausplatz und zu dem an ihn anschließenden Minoritenplatz, auf dem sich das Gebäude des Unterrichtsministeriums befindet, abgesperrt. Mehrere Versuche der Demonstranten, dennoch in die Innenstadt vorzudringen, wurden vereitelt. In der Zwischenzeit haben große Gruppen der Studentenschaft ein Forderungsprogramm aufgestellt, das weit über die ursprünglich bezogene Bewegung im Anschluß an die Verlängerung des Medizinstudiums hinausreicht. Das Hauptverlangen geht dahin, die selbständig gewählten Studentenvertretungen wiederherzustellen und das System der ernannten Sachwalterchaften abzuschaffen.

Der Senfmann schreitet durch Madrid

Seuchen fordern in der von Hunger und Kälte geschwächten Bevölkerung ihre Opfer

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung Madrids hat sich, den Berichten von Ueberläufern an der Madrider Front zufolge, in erschreckendem Maße verschlechtert. Typhus, Blattern und andere Seuchen fordern unter der durch Hunger und

Kälte geschwächten Einwohnerschaft immer mehr Todesopfer.

Die Ursachen für die Ausbreitung der genannten Seuchen liegen, wie aus San Sebastian gemeldet wird, klar auf der Hand. Die Lebensmittelmangel wirkt sich von Monat zu Monat stärker aus. Dazu kommt der Mangel an Heizmaterial sowie an warmer Kleidung und Decken, die größtenteils von den bolschewistischen Herden „beschlagnahmt“ worden sind. Von einer geregelten Straßenreinigung ist natürlich seit langem keine Rede mehr, und die sanitären Anlagen verfallen nach und nach völlig. Unter diesen Umständen sieht die Bevölkerung dem meist sehr strengen Madrider Winter mit größter Sorge entgegen, und immer stärker wird die Sehnsucht, daß die nationalen Truppen die Stadt bald befreien und den Leiden der schwergeprüften Einwohnerschaft ein Ende bereiten mögen.

Stalin schaltet Litwinow-Fintelstein aus

Großer Moskauer Schauprozess gegen Sowjetdiplomaten

Die englische Zeitung „Daily Express“ will das baldige Ende der Herrschaft des Sowjetaußenministers Litwinow-Fintelstein voraussehen können. Man glaube in Moskau jetzt, sagt das Blatt, die Stenung Litwinow-Fintelsteins sei durch die Stüberungsaktion unter den Sowjetdiplomaten so erschüttert worden, daß er im Januar zurücktreten werde. Generalkonsul W. N. Schinsski bereite einen Massenprotest für jene Sowjetdiplomaten vor, die von ihren Auslandsposten abberufen und ins Gefängnis geworfen worden seien. Drei Bolschewiker, zwei Gesandte und 14 Bolschewiksekretäre ständen unter der Anklage antisowjetischer Betätigung.

Brüsseler Konferenz ohne Ergebnis

Unbefristete Vertagung

Die Oksienkonferenz in Brüssel hat ihre Schlußsitzung abgehalten, in der die angekündigte Erklärung erörtert wurde, jedoch nicht die erforderliche Einstimmigkeit fand.

Der chinesische Delegierte Wellington Koo nahm dazu Stellung, indem er u. a. ausführt: Der neue Entwurf betont, wie der ursprüngliche, gewisse allgemeine Grundsätze. Die chinesische Delegation glaubt jedoch, daß eine bloße Betonung dieser Grundsätze nicht als ein befriedigendes Ergebnis der Konferenz betrachtet werden kann. Der italienische Delegierte Graf Aldrovandi Marsiccotti erinnerte daran, daß er schon zu Beginn der Konferenz Zweifel an ihrer Nützlichkeit ausgesprochen habe. Diese Zweifel hätten sich vollumfänglich bestätigt. Er halte die jetzige Vertagung für vollumfänglich gerechtfertigt und würde sogar die Auflösung der Konferenz für das Richtige halten. Nicht einverstanden sei die italienische Delegation mit den Argumenten, die in der Erklärung enthalten seien. Daher könne Italien die Erklärung nicht zustimmen. Außerdem sprachen in der Schlußsitzung Lord Cranborne, England, de Lessan, Frankreich, und Norman Davis, USA. Sie hoben hervor, daß es sich nur um eine — allerdings unbefristete — Unterbrechung der Konferenz handele.

Zwesurten gegen

80jährigen Araberscheich

Araberdemonstrationen während der Verhandlungen des britischen Militärgerichts

Das britische Militärgericht in Haifa führte als ersten Militärgerichtsprozess eine Verhandlung gegen den ältesten der bei Jenin gefangenen vier arabischen Freischärler durch. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, doch waren Pressevertreter zugelassen. Der Angeklagte, der jede Schuld abstreift, war der 80jährige Scheich Farhan Saadi, ein enger Freund Faysal Kantadschis, der im vorigen Jahr der Anführer der arabischen Freischärler war und jetzt verbannt ist.

Die Verteidigung protestierte vergeblich gegen die zu kurz bemessene Vorbereitungszeit zur Zeugenbeschaffung, so daß nur die Anklagezeu Zeugen stellten. Den Antrag der Verteidigung, angeht des Alters von 80 Jahren, der nicht bewiesenen Schuld sowie der hohen Herkunft des Angeklagten mildernde Umstände anzuerkennen, lehnte der Anklagevertreter ab und beantragte seinerseits die Todesstrafe. Der Militärgerichtshof fällt das Todesurteil, das der Angeklagte würdevoll und vollkommen ruhig annahm. Die Urteilsbestätigung liegt in Händen des Höchstkommandierenden der britischen Truppen in Palästina.

Während der Verhandlungen demonstrieren zahlreiche Araber vor dem Gerichtsgebäude, doch wurden die Demonstranten bald auseinandergetrieben.